

Auftrieb für die Abrüstung

VON JOSEF JOFFE

Die gute Nachricht aus Wien ist, daß zum ersten Mal seit Ausbruch des Kalten Krieges vor 40 Jahren Abrüstung bei den Panzern und Kanonen nicht nur als theoretisch wünschbar, sondern auch als praktisch machbar erscheint. Die schlechte Nachricht ist, daß das Unterfangen namens „VKSE“ – die Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa – enorm kompliziert ist und demnach sehr lange dauern wird. **USA**

Wie kompliziert, das zeigt das Schicksal eines anderen Kürzels, „MBFR“, die Konferenz über „gegenseitige und ausgewogene Truppenverringerungen“ ist gerade sanft entschlafen. Fünfzehn Jahre lang haben Vertreter der beiden Bündnisse in Wien parliert, ohne daß dabei ein einziger Panzer, ein einziger Soldat ausgemustert wurde. Fünfzehn Jahre lang, so muß man schließen, waren West und Ost offenbar dem Status quo mehr zugetan als dessen Veränderung. Es waren dies auch (bis 1985) die Jahre der Breschnew-Eiszeit, Jahre, in denen die Sowjetunion – wie es heute selbst aus russischem Munde heißt – „dogmatisch“ und „subjektivistisch“ – ihren Großmachtsanspruch per Waffenanhäufung bekräftigt hat.

Wenn heute das neue Kürzel eine bessere Chance hat als das alte, dann hat das vor allem mit der gewandelten „großen Strategie“ der Post-Breschnew-Sowjetunion zu tun. Nicht mehr Beharrung und Hochrüstung, sondern eine „rentable Außenpolitik“ ist die Parole. Entspannung soll nicht Ersatz, sondern Voraussetzung für die innere Reform sein. „Groß-Revisor“ Gorbatschow hat allenthalben den Rotstift angesetzt, um Kosten und Gewinn in ein erträgliches Gleichgewicht zu bringen: von Afghanistan bis Angola, von den atomaren bis zu den konventionellen Waffen. Dies tut er nicht dem Westen, sondern dem eigenen wohlverstandenen Interesse zuliebe – was allemal die beste aller möglichen Verhandlungswelten ist.

Was die MBFR-Verhandlungen in Dauerschlaf versetzt hatte – etwa die Unfähigkeit, sich auch nur über die Truppenstärken zu einigen, – ist im Zuge der von Gorbatschow verordneten Enteisung dahingeschmolzen. Der Warschauer Pakt gibt nun ganz offiziell zu, daß er bei den klassischen Angriffswaffen zu Lande – bei den Panzern, Schützenpanzern und bei der Artillerie – nicht nur mehr, sondern sehr viel mehr als die NATO besitzt. Noch wichtiger: Die Sowjetunion hat das westliche Ur-Prinzip der „asymmetrischen Reduktion“ akzeptiert; was auf deutsch heißt: Wer mehr hat, muß mehr abrüsten. Drittens will die Sowjetunion gleiche Höchstgrenzen auf beiden Seiten anstreben, und die sollen gar zehn bis 15 Prozent unter dem „niedrigsten Niveau“ (Schewardnadse) liegen, das heute bei dieser oder jener Waffengattung in Ost oder West besteht.

An einem praktischen Beispiel gemes-

sen, würde derlei Rechnung so aussehen: Laut Bilanz des Warschauer Paktes hat die NATO rund 30 000 Panzer, der Pakt rund 60 000. (Die NATO zählt übrigens 16 000 zu 51 000, aber bleiben wir bei den östlichen Zahlen.) Ein Schnitt von 15 Prozent, angesetzt am niedrigeren NATO-Besitzstand von 30 000, bedeutet eine gemeinsame Obergrenze von 25 500. Demnach müßte der Pakt fast 35 000 Panzer verschrotten, die NATO 4 500. Eine solche Rechnung à la Schewardnadse zeigt zweierlei. Erstens: Laut eigenem Bekunden will sich die Sowjetunion fast so viel zumuten wie die NATO es wünscht (die will ein Gleichgewicht von je 20 000). Zweitens, derlei radikale, freiwillige Abrüstung hat die Welt noch nie gesehen; und deshalb muß man realistischerweise annehmen, daß zwischen Absicht und Ausführung noch einige Jahre vergehen werden.

Wie kompliziert der Prozeß tatsächlich ist, wird klarer mit jedem Schritt, denn man in die teuflische Menge der Details nimmt. Der Warschauer Pakt behauptet zum Beispiel, daß der Westen mehr Kampfflugzeuge und Marineeinheiten besitzt; umgekehrt besitzt der Pakt (wiederum nach eigener Zählung) sehr viel mehr Jäger. Was ein Jäger und was ein Kampfbomber ist – darüber läßt sich trefflich streiten, aber kaum über die Tatsache, daß Westeuropa den verlässlichen Schutz der atlantischen Nachschubwege braucht, um so die naturgegebene geographische Überlegenheit der Sowjetunion auszugleichen. Über den Marine-Joker, den Moskau da plötzlich aus dem Ärmel geschüttelt hat (obwohl er nicht Teil des „Wiener Mandats“ ist), wird also noch dezidiert zu reden sein. Und wann, wo und wie die Atomwaffen in die Abrüstungsgleichung eingebracht werden, darüber besteht nicht einmal in der NATO ein Konsens.

Wie denn der gigantische Abrüstungsprozeß verlässlich überwacht werden soll, ist ein anderer Knackpunkt unter vielen. Es ist nämlich bei weitem einfacher, die Verschrottung einer ganzen Waffenkategorie (wie der Mittelstrecken-Raketen) zu überwachen, als hier einen Panzer, der bleibt, und dort einen, der in den Shredder wandert. Da müssen Heerscharen von Inspektoren durch die Lande schnüren, und auch dafür gibt es in der leidvollen Geschichte der Abrüstung kein Beispiel.

Dennoch: „VKSE“ verspricht viel mehr, als es „MBFR“ je halten konnte. Seinerzeit konnte man sich nicht einmal über die Zahlen, geschweige denn über das entscheidende Prinzip des „Wer mehr hat, muß mehr abrüsten“ einigen. Heute hat Moskau zumindest die westlichen Grundanliegen akzeptiert und zeigt mit seinen angekündigten Vorgriffen auf die Abrüstung, daß seine Sache nicht Beharrung, sondern Aufbruch sein soll. Die Vorzeichen für Wien sind gut, die Verhandlungen aber werden mühsam und langwierig sein.